

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	<b>Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss</b>
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 30.04.2020
Sitzung Nummer:	7 ( KVPA/7/2020)
Sitzungsdauer:	15:30 - 17:17 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

---

Patrick Puhlmann  
Vorsitzender, Landrat

---

Alessa Stobinski  
Protokollführung

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Patrick Puhlmann

#### Mitglieder

Herr Ralf Berlin  
Herr Dietrich Gehlhar  
Frau Juliane Kleemann  
Frau Katrin Kunert  
Herr Nico Schulz  
Herr Thomas Staudt

#### von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann  
Frau Annett Dehmel  
Herr Dr. Denis Gruber  
Frau Susanne Hoppe  
Frau Jacqueline Krehl  
Frau Anja Krüger  
Herr Dirk Michaelis  
Frau Ina Schulze  
Herr Sebastian Stoll

#### Teilnehmer

Frau Annegret Schwarz

### **Abwesend:**

### **Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 5. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 12.03.2020
- 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 6. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 26.03.2020

- 6 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 6. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 26.03.2020
  - 7 Annahme einer Spende  
Vorlage: 177/2020
  - 8 ÖPNV-Optimierungsverkehre für die Strecke KBS 205 Stendal - Salzwedel (Linie 933 - Meßdorf - Bismark - Hohenwulsch)  
Vorlage: 141/2020
  - 9 Einwohnerfragestunde
  - 10 Anfragen und Anregungen
- 

## **Protokoll**

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Landrat eröffnet um 15:30 Uhr die 7. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit**

Der Landrat stellt fest:

- die Einberufung zur Sitzung des KVPA erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 17. April 2020,
- der KVPA ist beschlussfähig; es sind 6 Mitglieder des KVPA sowie der Landrat anwesend (siehe auch Seite 1 Anwesenheitsliste).

### **zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Da es keine Änderungsanträge gibt, gilt die Tagesordnung als festgestellt.

### **zu TOP 4 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 5. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 12.03.2020**

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 12.03.2020 zur Abstimmung gestellt.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1*

### **zu TOP 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 6. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 26.03.2020**

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 26.03.2020 zur Abstimmung gestellt.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 6 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 6. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 26.03.2020**

In seiner Sitzung am 26. März 2020 fasste der KVPA folgenden Beschluss:

**Zur Drucksache Nr. 149/2020**

**Personalangelegenheit; Beförderung Kreisoberinspektor Steffen Tank**

„Der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss beschließt im Einvernehmen mit dem Landrat die Beförderung von Herrn Kreisoberinspektor Steffen Tank in Besoldungsgruppe A 11 und Ernennung zum Kreisamtmann ab 01.04.2020.“

**zu TOP 7 Annahme einer Spende  
Vorlage: 177/2020**

Der Landrat erläutert die Beschlussvorlage.

Da es keine Fragen gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

*einstimmig zugestimmt*

**zu TOP 8 ÖPNV-Optimierungsverkehre für die Strecke KBS 205 Stendal - Salzwedel (Linie 933 - Meßdorf - Bismark - Hohenwulsch)  
Vorlage: 141/2020**

Herr Stoll und Frau Dehmel stellen das Thema anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 8 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Frau Kunert fragt, ob es sich bei den Zeitfahrkarten der DB um Jahres- oder Monatskarten handelte. Würde dort die Möglichkeit bestehen, dass sich die Fahrgäste neue Zeitkarten kaufen?

Wenn in Rede steht, dass diese Linie geschöpft werden soll, suchen sich die Leute die unterwegs sein müssen, Alternativen. Es wurde eben ein Kompromissvorschlag vorgestellt, der die Festfahrten beibehält, in denen die meisten Fahrgäste zu verzeichnen waren. Dieser Vorschlag soll circa 50,7 T€ kosten. In der Fraktion wurde dieses Thema bereits besprochen. Es gibt noch einen offenen Antrag für die Verwaltung, der die Erarbeitung eines neuen ÖPNV-Konzeptes beinhaltet. Wir als Fraktion könnten uns gut vorstellen die Variante 1 noch einmal für ein Jahr laufen zu lassen. Im Zuge der Diskussion zum neuen ÖPNV-Konzept soll dann geschaut werden, wo Angebote reduziert oder gesteigert werden können. Daher schlagen wir vor, der Variante 1 für ein Jahr zuzustimmen und diese Problematik in das neue ÖPNV-Konzept einzuarbeiten.

Frau Dehmel antwortet, dass es sich um Zeitfahrkarten der Deutschen Bahn handelte. Diese wurden damals von StendalBus anerkannt. Ob es Monats- oder Jahreskarten waren, ist der Verwaltung nicht bekannt. In Stendal gibt es keinen Verbundtarif, das bedeutet, dass nun Zeitkarten von StendalBus erworben werden müssten. Diese gelten allerdings nur für Busse. Für die Bahn müsste eine separate Fahrkarte erworben werden.

Der Landrat erklärt, dass man aufgrund der aktuellen Lage dazu angehalten ist, nur die dringendsten Beschlüsse im den Ausschüssen zu behandeln. Um eine wirklich nachhaltige Lösung zu erarbeiten, gibt es seitens der Verwaltung den Vorschlag, eine Behandlung des neuen ÖPNV-Konzeptes erst nach der Sommerpause vorzunehmen. Die Beratung über das Mobilitätskonzept würde demnach im September beginnen.

Herr Stoll merkt an, dass die Verwaltung dazu bereits einen Zeitplan ausgewählt hat. Dieser sieht es allerdings nicht vor, noch vor August/September 2021 ein fertiges Konzept vorlegen zu können. Es soll eine Fahrgasterhebungen in vier verschiedenen Wellen zu vier verschiedenen Jahreszeiten durchgeführt werden. So können

Wohn- und Zielortbeziehungen über ein ganzes Jahr lang ermittelt und erfasst werden. Wir planen derzeit mit einer Laufzeit von zwei Jahren, um erste Ergebnisse zu erhalten.

Herr Staudt spricht sich für die Variante 3 aus. Diese wäre für die zwei Jahre, in denen ein neues ÖPNV-Konzept erarbeitet wird, ausreichend.

Herr Schulz stellt fest, dass die Ablösung des Haltepunktes an dieser Stelle durch die Deutsche Bahn der ausschlaggebende Punkt war. Der Landkreis hat damals zusätzlich diese Linie eingebracht. Wie die Zahlen heute zeigen, wird das zusätzliche Alternativangebot (Buslinie) nicht wirklich angenommen. Es nehmen ungefähr 20-30 Leute dieses Angebot monatlich in Anspruch. Das bedeutet eine tägliche Auslastung von maximal einem Mitfahrer. Daher sehe ich keine Rechtfertigung das Angebot der täglichen vier Festfahrten mit nur einem Fahrgast aufrecht zu erhalten. Zudem belaufen sich die Kosten pro Fahrgast auf dieser Strecke auf 85,91 €. Für meine Entscheidungsfindung wäre noch wichtig zu wissen, welche Kostenstrukturen sich auf anderen Busstrecken ergeben.

Herr Stoll antwortet, dass diese Kostenstruktur ermittelt werden soll. Mit der Fahrgasterhebung in vier Wellen sollte diese Struktur sichtbar werden. Derzeit können wir nicht sagen, ob es Strecken im Landkreis gibt, die pro Fahrgast in dieser Höhe finanziert werden.

Herr Schulz ist nach den Ausführungen bereit, die Variante 5 zu unterstützen. Bis die Fahrgasterhebung und Konzepterarbeitung abgeschlossen ist, wäre diese Variante als eine Kompromisslösung annehmbar.

Frau Schwarz erläutert, dass die Stadt Bismark eine ausführliche Stellungnahme zu diesem Sachverhalt abgegeben hat. Trotzdem macht sie noch einmal darauf aufmerksam, dass der zweigleisige Ausbau schlecht für die Einheitsgemeinde Stadt Bismark ist. Er zieht Folgen mit sich, die heute noch nicht im Geringsten abgeschätzt werden können. 2013 gab es eine Einwohnerversammlung zum Sterben des Bahnhofs im Meßdorf. Wir haben bereits den Bahnhof Bismark und den Bahnhof Steinfeld beerdigt. Den zweigleisigen Ausbau, kann die Kommune finanziell nicht mehr tragen. Unsere Bevölkerung wird abgeschnitten und wir wissen nicht, wie wir die Rettungsdienstfristen einhalten sollen. Ich weiß, wie viele Leerfahrten es in diesem Landkreis täglich gibt. Aus diesem Grund bitte ich darum, die Bürger in der Einheitsgemeinde Bismark nicht abzuschneiden und das nötige Geld dafür zu investieren. Die Deutsche Bahn und die NASA ziehen sich immer mehr aus ihrer Verantwortung heraus. Ich werde dem Stadtrat Bismark die Kompromissvariante 5 vorstellen und ein Votum abfordern, welches ich den Kreistagsmitgliedern mitteilen werde.

Herr Berlin bestätigt, dass der zweigleisige Ausbau die Einheitsgemeinde sehr belastet. Er erinnert daran, dass mit dem Wechsel vom AltmarkBus auf Stendal Bus der Bereich Schinne, Belkau und Grassau weggefallen ist. Sie, Herr Landrat, sollten sich noch einmal darum bemühen, die NASA zu involvieren. Im gesamten Landkreis gibt es Leerfahrten.

Trifft der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss heute eine Entscheidung oder soll diese Entscheidung auf die nächste Sitzung verschoben werden? Es besteht die Möglichkeit, dass Frau Schwarz den Kompromissvorschlag (Variante 5) vorstellt und ein Votum im Stadtrat einholt.

Frau Kleemann schlägt vor, sich dem Antrag der Stadt Bismark für ein Jahr anzuschließen. In diesem Jahr sollen die Untersuchungen für das ÖPNV-Konzept stattfinden. Im dritten Quartal würde man dann mit der Einheitsgemeinde Bismark in eine Erprobungsphase für ein mögliches Konzept einsteigen. Wäre diese Umsetzung denkbar?

Frau Schwarz stellt klar, dass die Einheitsgemeinde Bismark die Umsetzung der Variante 1 fordert. Ein Antrag wurde seitens der Einheitsgemeinde nicht gestellt. Die neue Variante wird noch einmal dem Stadtrat vorgestellt und ein Votum eingeholt.

Herr Schulz erläutert, dass in der Einheitsgemeinde Osterburg ebenfalls ein hohes Mobilitätsdefizit in den Dörfern herrscht. Als Lösung wurde der Bürgerbus in der Einheitsgemeinde geschaffen, welcher durch Ehrenamtliche gefahren wird. Ein solches Modell wäre auch in anderen Gemeinden denkbar, wenn man die Bürger motivieren könnte, sich dort zu engagieren. In Osterburg handelte es sich um ein Pilotvorhaben, wodurch das Land Sachsen-Anhalt den Bus gefördert hat. Nach zwei Jahren hat die Verwaltung der Einheitsgemeinde nun festgestellt, dass nicht alle Routen angenommen werden. Aus diesem Grund fand eine Überarbeitung des Fahrplanes

statt, in der Routen, die nicht genutzt wurden, gestrichen wurden. Daher konnten wiederum andere Routen stärker frequentiert werden. Die Problematik der Leerfahrten sollte also auch im neuen ÖPNV-Konzept berücksichtigt und andere Lösungen gefunden werden.

Herr Berlin geht auf den Vorschlag von Frau Kleemann ein. Durch Herrn Stoll wurde bereits geäußert, dass für die Erhebung der Fahrgastzahlen mehrere Wellen benötigt werden. Diese Wellen können wahrscheinlich nicht in einem Jahr abgedeckt werden.

Ich würde den Antrag stellen, diesen Tagesordnungspunkt auf die Sitzung des KVPA am 14.05.2020 zu vertagen. Frau Schwarz wird bis dahin ein Votum des Stadtrates Bismark einholen und vorstellen. Damit kann ebenfalls am 14.05.2020 eine Empfehlung an den Kreistag gegeben werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Landrat über den Antrag von Herrn Berlin abstimmen.

➔ einstimmig beschlossen

Frau Kunert bittet darum, dass der Alternativvorschlag 5 zeitnah den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird, um diesen innerhalb der Fraktionen zu diskutieren.

*zurückgestellt*

#### **Einwohnerfragestunde**

##### **zu TOP 9**

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

##### **zu TOP 10 Anfragen und Anregungen**

Herr Dr. Gruber informiert über die aktuelle Sachlage zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners. Es wurden 8 Lose ausgeschrieben. Wie in den Vorjahren ist die Bekämpfung von der Wetterlage abhängig. Nach Einschätzung der Mitarbeiter der unteren Forstbehörde ist die Befliegung der Hubschrauber im Zeitraum 14.05 bis 16.05.2020 in den Gemeinden durchzuführen. Dazu steht die untere Forstbehörde bereits in Kontakt mit den Ordnungsämtern der jeweiligen Gemeinden. Ebenfalls in der 20. Kalenderwoche beginnt die chemische Bekämpfung (Einsatz von Sprühgeräten). Ende Juni soll dann die mechanische Bekämpfung (Absaugen der Einzelbäume) durchgeführt werden. In diesem Jahr rechnen wir mit einem sehr großen Befall, da die Raupenpopulation sehr hoch ist.

Der Landrat teilt mit, dass bestimmte Aufgaben zum Thema Corona in den letzten Wochen auf bestimmte Ämter aufgeteilt wurden. Diese Aufgaben werden nun gesammelt und durch ein zusammengestelltes Corona-Team abgearbeitet. Es wurden Teams zusammengestellt, sodass die Aufgaben gebündelt abgearbeitet werden können und gleichzeitig diese Leute für einige Tage auch in ihren Fachämtern zur Verfügung stehen. Zu den Aufgaben des Corona-Teams gehört unter anderem das Bürgertelefon, Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren und die Quarantäneabfrage. An dieser Stelle möchte ich allen Einheits- und Verbandsgemeinden danken, die dem Landkreis gegenüber Amtshilfe leisten und so eine effiziente Kontrolle ermöglichen.

Herr Berlin fragt, ob innerhalb der Verwaltung ebenfalls die Prinzipien umgesetzt werden. Wie ist beispielsweise die derzeitige Bürosituation? Sitzt mehr als ein Mitarbeiter im Büro?

Der Landrat erklärt, dass es die Anweisung gibt, die Abstandsregeln in den Büros einzuhalten. Sollte dies nicht möglich sein, werden die Büros gewechselt. Der Hinweis wird aufgenommen und es erfolgt noch einmal eine genaue Überprüfung. An der Umsetzung des Homeoffice wird mit Hochdruck gearbeitet.

Frau Schwarz merkt an, dass in der letzten Sitzung mitgeteilt wurde, dass Schutzmasken aus Haushaltsmitteln gekauft werden. Ist dies bereits geschehen und wem werden diese Masken zur Verfügung gestellt?

Der Landrat antwortet, dass die Masken gekauft wurden und bereits eingetroffen sind. Diese Masken werden zum Einkaufspreis in Notsituationen zur Verfügung gestellt. Diese Masken wurden bestellt, als noch nicht klar

war, ob Masken vom Ministerium zur Verfügung gestellt werden. Die Masken bleiben in Reserve. Bisher wurden nur Masken aus Landeslieferungen verteilt.

Der Landrat informiert, dass eine Liste über die Beschlüsse angefertigt wurde, die aufgrund der Corona-Pandemie nicht in den Ausschüssen und im Kreistag behandelt werden konnten. Die Auflistung wird nun an die Mitglieder verteilt. Sie weist auf, wann geplant ist, die Beschlüsse wieder in den Fachausschüssen zu behandeln und im Kreistag eine Entscheidung zu treffen.

Zudem wurde eine Aufstellung zu den Kosten angefertigt, die bisher durch Corona angefallen sind.

Frau Hoppe stellt die Aufstellung wie folgt vor: Wenn die vielen Einzelpositionen betrachtet werden, ist eine Belastung des Kreishaushaltes durch Corona in Höhe von 124.000 € zu verzeichnen. Ein Großteil dieser Summe lässt sich auf die Beschaffung von Schutzmasken, Desinfektionsmitteln und anderen Schutzausrüstungen zurückführen. Wichtig ist dazu zu sagen, dass die Kosten als außerordentliche Aufwendungen gebucht werden. Nach derzeitiger Haushaltslage ist keine Deckung ersichtlich. Das Defizit des Haushaltes wird sich demnach erhöhen. Nach der Erstellung einer Budgetprognose kann das Defizit genauer beziffert werden. Prognosen zu weiteren Kosten, die sich im Jahr 2020 noch ergeben könnten, wurden auf circa 100.000 € geschätzt. Davon wäre der Großteil auf die Technik für Homeoffice zurückzuführen. Die aufgeführten Personalkosten sind keine zusätzlichen Personalkosten, sondern gebundene Kosten für das Personal des Corona-Teams (37 Mitarbeiter, die aus ihrer eigentlichen Tätigkeit rausgelöst wurden).

Herr Puhlmann ergänzt, dass es beim Land einen Fond gibt, woraus eventuell Aufwendungen für Sachmittel den Landkreisen erstattet werden. Unsere Kosten wurden dem Land bereits gemeldet. Nachzeitigem Stand werden Personalkosten aus diesem Fond nicht erstattet.

Herr Berlin möchte wissen, ob es seitens des Landes oder Bundes Unterstützungsprogramme für die Kommunen, bzgl. der anfallenden zusätzlichen Kosten gibt.

Herr Puhlmann antwortet, dass die Kosten vom Landkreis gemeldet wurden. Ob es Programme oder Erstattungen geben wird, ist noch nicht bekannt.

Frau Kunert bittet darum, im nächsten Finanzausschuss die Haushaltsdurchführung darzustellen.

Frau Hoppe erklärt, dass die Ämter derzeit zur Budgetprognose abgefragt werden. Daraus wird sich ein Bericht ergeben, der in den Ausschüssen vorgestellt werden kann.

Frau Kunert stellt eine Frage zum kostenlosen Schüler/innen – Ticket. In der Übersicht ist dargestellt, dass diese Vorlage nach der Sommerpause beraten wird. Ich bitte allerdings darum, die Hinweise aus dem Kreistag zu diesem Thema, noch einmal in der Verwaltung zu prüfen und in der Vorlage aufzunehmen. Inhaltlich stellt die Vorlage derzeit nicht das da, was durch den Kreistag gefordert wurde.

Herr Stoll nimmt dies zur Kenntnis.

Frau Kunert spricht nun zur Vorlage „Änderung des regionalen Aktionsplanes“. In der Beratungsfolge sind die Dezernentenberatung, der Kreisausschuss und der Kreistag aufgeführt. Diese Vorlage sollte allerdings auch in den Fachausschüssen beraten werden. Gerade im Bereich der Fahrradwege gab es viele Nachfragen und Kritiken in der Vergangenheit.

Daher schlagen wir als Fraktion vor, die Vorlage nicht im Kreistag am 04.06. zu behandeln. Es soll zunächst eine Beratung in den zuständigen Fachausschüssen stattfinden.

Der Landrat erklärt, dass dies in der Verwaltung geprüft wird.

Herr Berlin regt an, dass im Kreistag am 04.06.2020 einige Stellvertreter gewählt werden. Wäre es möglich, dass sich Herr Lötsch am 04.06. dem Kreistag vorstellt?

Der Landrat antwortet, dass dies bereits so vorgesehen war.

Da es keine weiteren Fragen gibt, wird der öffentliche Teil der Sitzung geschlossen.